

Änderungsantrag zum Antrag des ÖDP Kreisverbands Region Düsseldorf und Niederrhein an den Landesparteitag der ÖDP NRW

Der Landesparteitag beschließt:

Folgendes Kapitel wird in das Landeswahlprogramm aufgenommen:

### **Nachhaltiger Wohnungsbau ohne zusätzliche Flächenversiegelung**

Der verstärkte Wohnungsbedarf führt derzeit durch Ausweisung neuer Baugebiete. Damit einher geht eine weitere Flächenversiegelung und Verbrauch von Landschaft.

Dies ist jedoch nicht nötig! Durch die Nutzung von Baulücken und der Aufstockung von Bestandsimmobilien ist der Bedarf an Wohnraum durchaus zu decken.

Dies erfordert aber Änderungen im NRW-Baurecht:

- 1.) Eine Aufstockung von Wohnimmobilien durch Verwendung des Baustoffes Holz ist zu fördern. Durch die Verwendung des Baustoffes Holz ist in vielen Bestandsimmobilien auf Grund der Statik eine Aufstockung möglich, während diese von der Statik her in Massivbauweise nicht realisierbar ist.
- 2.) Wohnraum ist letztlich ausreichend vorhanden, er ist nur ungleich verteilt. Durch die unflexible Bauweise der Vergangenheit lassen sich Wohnungen nur schwer an die generativen Bedürfnisse anpassen. Durch eine flexible Bauweise im Wohnungsbau – die sich in anderen Immobilien bereits bewährt hat – kann der Flächenzuschnitt den sich wandelnden Bedürfnissen angepasst werden, ohne dass ein Umzug aus dem sozialen Umfeld erforderlich wird. Die Bestimmungen der Bauordnung sind entsprechend anzupassen.
- 3.) Holz ist ein bewährter und ökologischer Baustoff. Die Bauordnung des Landes Nordrhein-Westfalen ist für Gebäude aus dem Baustoff Holz sehr restriktiv, während südliche Länder im deutschsprachigen Raum bereits acht- und zehngeschossige Wohngebäude zulassen. Die Bauordnung des Landes NRW ist daher den Erfahrungen dieser Länder gemäß im Sinne einer stärkeren Nutzung des Baustoffes Holz anzupassen.

Begründung:

Infolge der Migration ist Wohnraum für die Zugewanderten erforderlich. Derzeit gehen eine Vielzahl von Kommunen dazu über, neue Baugebiete auszuweisen und dadurch die Flächenversiegelung voranzutreiben.

Dies ist ökologisch höchst bedenklich und darüber hinaus nicht erforderlich.

Grundsätzlich ist in Deutschland genügend Wohnraum vorhanden. Diese ist nur sowohl regional als auch sozial falsch verteilt.

Durch die „demographische Wanderung“ und das Entstehen von Singlehaushalten wird bestehender Wohnraum nicht bedarfsgerecht genutzt. Die Forderung, dass Eltern in eine kleinere Wohnung ziehen, sobald die Kinder aus dem Haus sind, ist durch die Verankerung der Eltern in die sozialen Strukturen nicht wünschenswert und würde eine soziale Härte darstellen. Es bestehen jedoch bereits jetzt die bautechnischen Möglichkeiten, sich der Lebenssituation anpassende Wohnungen zu erstellen, die dann flexibel an die Bedürfnisse einer Familie anpassbar sind, ohne dass diese gezwungen wird, das soziale Umfeld zu verlassen. Dieser flexible Wohnungsbau ist entsprechend zu fördern und die Bauordnung anzupassen.

Für die Erstellung neuen Wohnraumes sind zuvorderst bereits versiegelte Flächen zu nutzen.

Dies kann zum einen durch die Aufstockung von Wohngebäuden geschehen, zum anderen durch die Nutzung von Baulücken.

Insbesondere der Einsatz von Holz als Baustoff fördert die Schaffung von Wohnraum durch Gebäudeaufstockung, da die Statik der Bestandsimmobilien häufig eine Aufstockung in Massivbauweise nicht zulässt, der leichtere Baustoff Holz aber eine Aufstockung möglich macht.

Der Anteil der Holzbauweise bei Wohngebäuden in Deutschland beträgt ca. 15 %. Neben den bekannten Varianten des Blockbohlenbaus, Holzständerwerks, Holzrahmenbaus und Holztafelbaus sind auch Gebäude in Massivholzbauweise festzustellen. Der massive Holzbau als Weiterentwicklung des Holzbohlenbaus verzichtet auf die Materialbeimischung und Bauchemikalien. Die bautechnischen Anforderungen an Statik, Wärmeschutz und Schall- und Brandschutz werden erfüllt.

Die ökologische Implikation des Baus ist erheblich: Ca. 50 % des Abfallaufkommens in Deutschland stammt aus dem Bau, nahezu 1/3 der CO<sub>2</sub>-Emissionen werden durch Wohn- und Gewerbeimmobilien verursacht, ca. 40 % der europäischen Energie- und Stoffströme sind bauinduziert.

Jedoch: Beispielsweise wird das Zertifikat der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DHNB) in Nordrhein-Westfalen bei der Vergabe von Förderleistungen nicht beachtet.

Der Bundesdurchschnitt der Holzbauweise liegt bei 15,7 % (2013), mit ca. 20 % nehmen Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Hessen und Bayern einen Spitzenplatz ein; Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Berlin bilden mit 10 % und darunter die Schlusslichter.

Auch beim Bau von mehrgeschossigen Gebäuden in Holzbauweise hat von den Rahmenbedingungen der Bauordnung NRW zusammen mit Brandenburg die rote Laterne, während Baden-Württemberg nach der vorbildlichen Novellierung der Landesbauordnung im Holzbau einen Spitzenplatz einnimmt.

Vorteile der Verwendung des Baustoffes Holz:

- Kurze Bauzeit
- Witterungsunabhängige Vorfertigung
- Qualitätskontrolle

- Hochdämmende, schlanke Wände möglich bis hin zu Passivhaus tauglichen Wänden
- Montage ganzjährig möglich
- Schnelle Bautrocknung
- Kein Bauschutt
- Mehrgeschossiger Bau bis zu 5 Vollgeschossen (und darüber hinaus) machbar

Die 5-geschossige Bauweise stellt jedoch für die Verwendung des Baustoffes Holz keine Höhengrenze dar. In Vancouver wird derzeit ein 18-geschossiges Haus aus Holz gebaut, in Wien ist ein 23-Geschosser in Planung.

Unter Klimaschutzgesichtspunkten führt die Verbauung von Holz in Gebäuden zu einen „zweiten Wald“ in unseren Städten als langfristiges CO<sub>2</sub>-Depot. Ca. 1/3 des jährlichen lokalen Holzwachstums ist für den Bau nutzbar und würde das gebundene CO<sub>2</sub> über Jahrzehnte, ja Jahrhunderte speichern.

Bei Holzbauten besteht die intuitive Angst vor dem Brandverhalten des Baustoffes. Diese ist jedoch völlig unbegründet. Das Brandverhalten von Holz ist sogar wesentlich besser als das anderer Baustoffe.

(Quellen:

Massiv- und Holzbau bei Wohngebäuden, Walberg u.a., 2015

Klimaentlastung durch Massivholzbauarten, Fraunhofer-Institut für Bauphysik, 2012  
Innvativ, kreativ und gut fürs Klima, Johanna Pfund, SZ.de vom 17.3.16)

Antragsteller:

ÖDP Kreisverband Region Düsseldorf und Niederrhein

Abstimmungsergebnis:

3 JA

0 Enthaltungen

0 Nein

14. Jan. 2017

Gez. Carina Peretzke

(Originalunterschrift auf Original)